

## Protokoll Nr. 12 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: 16.05.2024      Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr      Sitzungsende: 22:15 Uhr      Sitzungsort: Bürgerhaus Mahndorf  
Mahndorfer Bahnhof 10

---

### Vom Ortsamt Hemelingen

Jörn Hermening

### Vom Beirat Hemelingen

Susanne Alm  
Kerstin Biegemann  
Ralf Bohr  
Jens Dennhardt  
Heinz Hoffhenke  
Uwe Jahn  
Yunas Kaya  
Dr. Christian Kornek  
Elisabeth Laß  
Mine Müller  
Waltraut Otten  
Sebastian Springer  
Ingo Tebje  
Christa Wilke  
Reinhard Zwilling

### Referent: innen / Gäste

Thomas Köcher, Landeszentrale für politische Bildung,  
Christiane Gruber (Fachberatung Jugendbeteiligung bei der Senatskanzlei),  
Jugendorganisationen der Parteien:  
Aaron Thatje, Jusos,  
Johannes Klinckradt, Junge Union,  
Helene Richter, Linksjugend,  
Hans Günter Schwalm für das das Netzwerk Bürgerbeteiligung

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

<b>TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.04.2024 sowie Rückmeldungen</b>
<b>TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten</b>
<b>TOP 3: Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau</b>
<b>TOP 4 Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit</b>
<b>TOP 5: Interkulturelle und interreligiöse Bildung an allgemeinbildenden Schulen sowie politische Bildung</b> - entfällt -
<b>TOP 6: Beiratsverschiedenes</b> u.a. Beschluss Planungskonferenz Bildung am 18.06.

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er teilt mit, dass die zuständige Kollegin aus dem Bildungsressort zu Punkt 5 heute nicht kommen kann und dieser Punkt daher entfällt. Das Thema wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt. Die Beiratsmitglieder erklären ihr Einverständnis. Da zudem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine weiteren Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche geäußert werden, wird dieser mit der vorgenannten Änderung als Tagesordnung beschlossen.

## **TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.04.2024 und Rückmeldungen**

Das Protokoll der Sitzung vom 04.04.2024 liegt noch nicht vor.

### Rückmeldungen auf Anliegen von Bürger:innen

- Nachpflanzungen Auguste-Bosse-Straße sind erfolgt
- Baumpflanzungen Vahrer Straße aus dem Programm Green First – Vorbereitende Baumaßnahmen sind gestartet
- Nachfrage aus der letzten Sitzung: *Wird die ordnungsgemäße Wiederherstellung der Bürgersteige nach Glasfaserbau oder anderen Baumaßnahmen kontrolliert?*  
Rückmeldung ASV: *Die Baufirmen geben Bescheid, wenn die Baustelle fertig gestellt ist. Alle Wiederherstellungen werden kontrolliert und Nachbesserungen eingefordert, wenn notwendig. Wenn Bürger:innen etwas auffällt gerne an das ASV melden, auch über das Ortsamt ist das möglich.*

Vom meldenden Bürger wird ergänzt, dass es sich um den Bereich vor der Hemelinger Rampe 31 handele, auch in den letzten Wochen habe es da keine Nachbesserungen gegeben.

Das Ortsamt wird den Sachverhalt an das ASV weitergeben.

### Rückmeldungen auf Beiratsbeschlüsse/Nachfragen aus dem Beirat

- Ergänzende Nachfrage zum Thema Kita "Gibt es Bestrebungen im Ressort, die derzeitigen Zielversorgungsquoten von 60 und 110% weiter zu erhöhen?"  
Mitteilung SKB: *Der Senat hat erst im April letzten Jahres auf Initiative der Senatorin für Kinder und Bildung die Anhebung der Zielversorgungsquoten in der Angebotsart Krippe von 50 auf 60 Prozent sowie in der Angebotsart Elementar von 98 auf 100 Prozent beschlossen. Darüber hinaus wurde die Senatorin für Kinder und Bildung gebeten, bei der konkreten Planung der Kapazitäten in der Angebotsart Elementar entsprechend der Anforderungen des § 80 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII zusätzlich Vorsorge zu treffen, dass auch möglichen Schwankungen der Kinderzahlen und unvorhergesehenen Bedarfen im System begegnet werden kann, sodass hier die Zielmarke von 100 Prozent in der Ausbauplanung auch übertroffen werden kann. Diese Zielstellung gilt es nun zunächst einmal, zur Realität werden zu lassen. Insofern ist aktuell keine Anpassung der Zielversorgungsquoten geplant. Die Kita-Ausbauplanung wird sehr genau darauf achten, wie sich die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadt- und Ortsteilen ausgestaltet und dabei nicht zuletzt auch Elternwünsche und Bedarfslagen in den Blick nehmen. Den dritten Schritt vor dem ersten zu gehen, ist dabei selten zielführend. Der Wert von 110 Prozent als Zielversorgungsquote für die Angebotsart Elementar entstammt dem Koalitionsvertrag. Dieser Wert entspricht in seiner Absolutheit nicht der oben dargelegten derzeitigen Beschlusslage des Senats.*

## **TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten**

### Poller Bollener Landstraße:

Ein Bürger aus der Bollener Landstraße verliest ein Schreiben zu den dort auf Wunsch des Beirates entsprechend eines Bürgerantrages aufgestellten Pollern:

*Sehr geehrte Damen und Herren.*

*Am 22 Januar diesen Jahres hat der Fachausschusses Stadtteilentwicklung, Wirtschaft und Mobilität in seiner Sitzung auf Antrag eines Bürgers beschlossen, das auf den nicht als Fußweg ausgebauten Seitenstreifen der Bollener Landstraße Poller aufzustellen sind, um das Parken dort zu unterbinden. Ferner sollte das Ordnungsamt aufgefordert werden, den Bereich häufiger zu kontrollieren. Beide Maßnahmen wurden kurze Zeit später umgesetzt.*

Meine Damen und Herren, ich wohne seit gut 20 Jahren in der Bollener Landstraße 8 und kann ihnen daher mitteilen, das keiner der im Januar zu ihrer Entscheidung geführten Gründe stichhaltig ist. Im Einzelnen:

#### **Wildcampen im Wohnmobil**

Dies ist, wenn überhaupt, nur im Einzelfall vorgekommen. Ich bin selbst Camper und erkenne, ob ein Wohnmobil abgestellt wurde oder ob darin gecamppt wird.

#### **LKW parken mit laufendem Motor**

Auch hier, wenn überhaupt ein seltener Einzelfall.

#### **Schulkinder müssen auf der Straße gehen wegen parkender Autos**

Seit Jahren wohnen die einzigen schulpflichtigen Kinder in dem besagten Bereich in Haus Nr. 8. Abgesehen davon musste auch in der Vergangenheit nie ein Kind oder ein anderer Fußgänger wegen geparkter Autos auf die Straße ausweichen. Der Seitenstreifen bot genügend Platz für ruhenden Verkehr und Fußgänger.

#### **Seitenstreifen dient der Entwässerung der Straße**

Der nun abgepollerte Seitenstreifen besteht, solange wir dort wohnen, aus Split und teilweise aus Betonresten. Zudem liegt er in weiten Teilen des genannten Bereiches über dem Straßenniveau, mit Gefälle zur Straße. Er kann also gar nicht zur Straßenentwässerung dienen. Vielmehr sammelt sich das Regenwasser an der Straßenseite mit ungeraden Hausnummern, fließt zum Bereich des ehemaligen Wendeplatzes und versickert dort.

#### **Was habe die Maßnahmen bewirkt?**

Zur Einleitung eine kurze bauliche Beschreibung der Straße und der Seitenstreifen im betroffenen Bereich: Der Seitenstreifen an der Seite mit geraden Hausnummern hat eine Breite von ca. 4 Meter. Die Straße im betroffenen Bereich hat eine Breite von 4,3 Meter und der Seitenstreifen auf der Seite mit ungeraden Hausnummern hat eine Breite von ca 2,5 Meter. Uns Anwohnern wurde auf Anfrage nach den Maßnahmen geraten, „am rechten Fahrbahnrand zu parken“. Lt. StVO ist das an dieser Stelle nicht möglich, da sonst die freizuhaltende Mindestfahrbahnbreite von 3,05 Meter nicht gewährleistet werden kann. Die Anwohner der Häuser 8 und 10 parken nun (gedeckt durch die StVO) quer zur Fahrbahn in ihren befestigten Einfahrten. Wo Fußgänger früher mühelos an den Fahrzeugen vorbei gehen konnten, müssen sie nun auf die Straße ausweichen. Fahrzeuge von Anwohnern der betroffenen Häuser parken nun u.a. in der Straße Am Wendeplatz, und nehmen den dortigen Anwohnern den Parkraum.

Interessante Beobachtung nebenbei: Auf der Straßenseite des Antragstellers wurden keine neuen Poller gesetzt. Warum nicht, wenn es doch dort um angebliche Wildcamper und LKW mit laufenden Motoren ging?

Mein Fazit zu den beschlossenen Maßnahmen: Nach den Buchstaben des Gesetztes hat der Ausschuss möglicherweise alles richtig gemacht, aber niemandem damit geholfen.

Ich lade den Beirat und insbesondere den Fachausschusses Stadtteilentwicklung, Wirtschaft und Mobilität ein, sich die Situation vor Ort gemeinsam mit den Bürgern anzusehen, um dann eine für alle Seiten tragfähige Lösung zu finden. So kann es nicht bleiben!

Der Beirat kommt überein das Thema erneut im Fachausschuss Stadtteilentwicklung, Wirtschaft und Mobilität zu beraten.

#### **Sandhofstraße**

Ein Bürger beschwert sich über die Zustände in der Sandhofstraße 8, das Haus wurde an einen Personaldienstleister verkauft, 8 Arbeiter wohnen dort. Er fragt nach, ob es dort einen

Nutzungsänderungsantrag gegeben habe. Die neuen Mieter gehen über sein Grundstück und werfen Müll zu ihm herüber.

Jörn Hermening berichtet, dass er als Nachbar ein Recht auf Einsicht in die Bauakte habe, das muss beim Bauamt angefragt werden, dort ist auch einsehbar ob es eine Nutzungsänderung gegeben habe. Zu den Verhaltensproblemen wird sich das Ortsamt noch einmal direkt beim Bürger melden.

#### Ahrlingstraße

Ein Bürger bedankt sich, es hat endlich geklappt mit der Versetzung der Baustellenabspernung für die bessere Nutzbarkeit des Fußweges in der Ahrlingstraße. Ortsamt und Beirat sind am Ball geblieben.

### **TOP 3: Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau**

Änderungen zum Bericht aus der letzten Beiratssitzung:

- KuFZ Beim Sattelhof, Neubau mit Vorlauf im Mobilbau  
Bauantrag Ende April eingereicht
- Kinderhaus Kleine Marsch  
Fortführung der Gespräche und Vorstellung der Planung durch das DRK Ende Juni 2024.
- KITA Hemelinger Bahnhofstraße  
Eine Nutzungsänderung für einige Bereiche des Gebäudes außerhalb der Kita wird gerade erarbeitet

Die ausführliche Übersicht ist in der Anlage 1 beigefügt.

### **TOP 4 Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit**

Thomas Köcher, Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, stellt anhand der Folien 1-5 (Anlage 2) die Aktivitäten der Landeszentrale für eine verbesserte Wahlbeteiligung dar. Es gibt zu dem Thema Wahlbeteiligung nicht viele aussagekräftige Forschungen, gerade zu den Nicht-Wählern. In Bremen ist das Problem besonders groß, vor allem in den Unterschieden, in Gröpelingen wählen nur 46%, in Horn 89%, Luftlinie nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wer weniger wählt ist auch in den Parlamenten weniger repräsentiert.

Bremen unterscheidet sich in einigen Dingen von anderen Städten und Bundesländern. So werden hier Wahlunterlagen nur in zwei Sprachen ausgehändigt, woanders gibt es eine deutlich größere Auswahl. Das schreckt viele Wähler:innen ab. Zudem sind viele Menschen auch vom System der Briefwahl überfordert, die Anzahl der Briefumschläge, was muss wo rein, um das zu verstehen muss man ausführlich die Anleitung studieren. Das Bremer Wahlrecht für Beiräte und Bürgerschaft ist mit dem jeweils 5 Stimmen auch eine besondere Herausforderung, der sich viele nicht stellen möchten. Die Wahlhelfer:innen im Projekt „Aufsuchende politische Bildung in Stadtteilen“ erläutern die Wahl, es wurde festgestellt, dass für viele die Hürden zu hoch sind. Sie gehen in dem Projekt von Tür zu Tür und sprechend direkt mit den Menschen, das kommt sehr gut an. Viele haben sich bisher nicht beteiligt, weil niemand sie gefragt hat.

Yunas Kaya sagt, dass vielen nicht bekannt ist, was die Landeszentrale hier mit wenigen Menschen für tolle Arbeit in Bremen leistet. So gibt es dort zum Beispiel hervorragende Informationsmaterialien, die für alle kostenlos sind. Er fragt: Wie läuft die Vernetzung mit den Jugendorganisationen der Parteien, warum wird nicht das Modell der digitalen Wahl angegangen, wie wird mit den Schulen kooperiert, sollte das Fach GuP in der Schule nicht mehr als 20% Politik beinhalten, gibt es Erfahrungen aus dem Modellprojekt zu sprachlichen Problemen?

Thomas Köcher antwortet, dass sie im engen Austausch mit den 45 „Schulen gegen Rassismus“ in Bremen sind, dort gibt es regelmäßig Aktivitäten, bei den anderen Schulen ist das komplizierter. Insgesamt hat die Landeszentrale aber auch nur eine halbe Stelle für die Zusammenarbeit mit Schulen, das ist nicht viel. Das in der Schule der Anteil an Politikunterricht steigen sollte sieht er auch so. In Sachsen ist es noch extremer, dort ist zugunsten von Mathe und Fremdsprachen ab der 8 Klasse kein Geschichtsunterricht und kein Politikunterricht mehr vorgesehen, bei Pisa steht Sachsen sehr gut da, aber in Bezug auf Demokratieverständnis umso schlechter. Zu den Jugendorganisationen der Parteien gibt es eine Distanz, da die Landeszentrale überparteilich agiert und auch agieren muss. Eine Zusammenarbeit gibt es mit dem Landesjugendring, auch für Schülervertretungen werden z.B. Fortbildungen angeboten. In Bezug auf digitale Wahlen wäre das Innenressort anzusprechen, ein Modellprojekt dazu in Bremen könnte er sich gut vorstellen. Bei den Besuchen an der Haustür war tatsächlich Sprache ein großes Problem, wie vermutet.

Mine Müller fragt, ob es eine Zusammenarbeit mit dem Landeswahlleiter gebe und regt an zukünftig die Wahllokale näher an die Menschen zu bringen, dabei sollten neben Kirchen, in denen es bereits Wahllokale gibt, auch Moscheen und die Häuser anderer Glaubensgemeinschaften als Wohllokale genutzt werden. Sie bittet darum, dass die Landeszentrale so etwas auch beim Landeswahlleiter anregt. Auch wäre es gut regionale Printmedien mit einzubeziehen.

Thomas Köcher bestätigt, dass Zeitungen zur Informationsbildung sehr wichtig sind, dass läuft in Bremen mit Zeitung und öffentlichem Rundfunk auch relativ gut. Mit dem Landeswahlleiter wird zusammengearbeitet, zum Beispiel bei der Wahlhelferschulung, diese wird zusammen durchgeführt. Wo Wahllokale sind ist aber für die Landeszentrale ein closed shop.

Dr. Christian Kornek schlägt vor am Ende des Tagesordnungspunktes einen Beschluss zu fassen, in dem der Landeswahlleiter aufgefordert werden soll zukünftig die Wahlunterlagen in mehrsprachig vorzulegen.

Ralf Bohr merkt an, dass es zum Thema Briefwahl mehr Unterstützung geben sollte. Auch die Schulen sind gefordert ihren Beitrag zur Informationen zu den Wahlen beizutragen, aber auch die Bürger:innen haben eine Bringschuld sich selbst zu informieren. Eine Überarbeitung des Wahlrechts wird auch im Koalitionsvertrag der Bremer Regierung benannt, dort soll auch die Landeszentrale für politische Bildung mit einbezogen werden. Ein Vorschlag ist auch die Wahlzeit auszuweiten und sie nicht auf einen Tag zu beschränken.

Thomas Köcher antwortet zum Thema Schulen, dass dort schon eine Menge passiert. So beteiligen sich ca. 90% der Schulen an den Juniorwahlen zur Bürgerschaft, bei den Europawahlen sind es 45%, die Schüler:innen lernen also eigentlich sehr gut, wie Wahlen ablaufen. Zu dem Ziel aus dem Koalitionsvertrag kann er nur berichten, dass das Thema Wahlrechtsreform in dieser Legislatur noch nicht begonnen wurde.

Ein Bürger plädiert dafür, dass man die Menschen mehr an Politik heranführen sollte, leider sind die derzeitigen Diskussionen auf einem Level der gerade bei der älteren Generation nicht ankommt. Die Leute sagen, dass Politik macht was sie will, auch gegen die Mehrheiten der Bürger:innen, wie z.B. bei der Martinstraße.

Elisabeth Laß spricht das Thema „Social Media“ an, viele Parteien haben dort der AfD das Feld überlassen, aber auch die AfD nutzte dort nicht das volle Potential sagen neuere Studien. Spricht aus Sicht der Landeszentrale etwas gegen die Nutzung von Social Media, oder wäre das sogar kontraproduktiv?

Thomas Köcher berichtet, dass anderen Leuten diese Plattformen überlassen wurde, die Diskussionen fanden oft ohne Parteien statt. Man muss auch in Social Media zu Positionen

Gegengewichte entwickeln, auch Parteien sollten sich dort beteiligen, auch die staatlichen Stellen müssen sich in diesem Bereich mehr einbringen. Derzeit ist das für die staatlichen Stellen nur sehr eingeschränkt möglich, da gesetzliche Regelungen dem entgegenstehen, dass sollte geändert werden. Die Meinungsbildung vieler Menschen findet online statt, auch auf Telegram Kanälen, auch dort muss man hineinwirken und auftauchen.

Christiane Gruber von der Senatskanzlei berichtet von den Aktivitäten des Rathauses im Bereich Jugendbeteiligung. Ihre Abteilung unterstützt den Aufbau von Jugendbeiräten und Jugendforen in den Stadtteilen, Hemelingen hat ja bereits seit vielen Jahren einen Jugendbeirat. Jugendforen setzen sich aus allen Interessierten zusammen, Jugendbeiräte werden in bestimmten Abständen von den jungen Leuten aus dem Stadtteil gewählt. Leider ist auch bei diesen Wahlen die Wahlbeteiligung sehr gering. Um die Jugendlichen zu erreichen werden auch moderne Medien genutzt, so gibt es in den Schulen it's learning Kurse in den 7. Jahrgängen, dort können die Jugendbeiräte Umfragen machen oder zu ihren Aktivitäten informieren. Es ist auch für junge Menschen wichtig, dass sie erfahren, was mit ihrer Stimme nach der Wahl passiert. Wichtig ist auch, dass es für die Beteiligten Erfolgserlebnisse gibt. Hier in Hemelingen sind es zum Beispiel die „Lernorte“, die als Bedarf bei einem Beteiligungstag herausgekommen sind. Menschen brauchen Orte um dort für Schule oder Studium in Ruhe lernen zu können, wenn dies zu Hause nicht möglich ist. Das wurde hier ziemlich schnell umgesetzt und ermöglicht, das Quartiersmanagement ist aktiv geworden. Für die Jugendbeiräte und Jugendforen ist es wichtig, dass sie eng verzahnt mit dem Beirat arbeiten und einbezogen werden, wenn dort jugendspezifische Themen behandelt werden. Der Austausch muss auf Augenhöhe stattfinden, das ist wichtig für die Motivation der dort Aktiven.

Yunas Kaya empfiehlt auch den Austausch mit den Schülervertretungen auszubauen, die sind in den Schulen sehr aktiv, stellen Anträge in den Konferenzen und können da auch richtig was erreichen.

Aaron Thatje ist 27 Jahre alt und Vorsitzender der Jusos in Bremen, dem sozialistischen Jugendverband innerhalb der SPD. Er ist seit 2013 Mitglied bei den Jusos. Inhaltlich schließt er sich einigen vorangegangene Äußerungen an, Politik muss man an die Leute heranbringen, Dinge müssen erklärt werden und die Wahl muss einfacher werden. Ein Problem ist, dass sich ein großer Teil der Menschen ausgegrenzt fühlt. Wir können nicht das Gefühl vermitteln, dass sie Teil der gemeinsamen demokratischen Gesellschaft sind. Die Vermittlung von Politik in der Schule sieht er kritisch, es geht ja nicht nur um Unterricht, es geht um Solidarität, das kann man nur in der Praxis lernen. Das Praktische ist allerdings auch schon in der Schule möglich. In der Demokratie ist alles sehr formal geregelt, auch in den Jugendbeiräten, das sollte man angehen und besser einfachere Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen. Demokratie muss erlebbar sein, auch im Arbeitsleben. Gewerkschaften und Betriebsräte sind wichtig, um auch im übrigen Leben Demokratie zu schätzen. Im Osten, dort wo die Populisten sehr viele Stimmen bekommen, ist gleichzeitig die betriebliche Beteiligung sehr gering.

Johannes Klinckradt kommt aus dem Vorstand der Jungen Union Bremen, der Jugendorganisation der CDU. Beruflich ist er in der Logistikbranche tätig. Er freut sich heute hier zu sein, da ihm das Thema Politikverdrossenheit am Herzen liegt. Viele junge Menschen fühlen sich von der Politik nicht repräsentiert. Bei einer Umfrage kam heraus, dass das Thema Innere Sicherheit bei jungen Menschen eine große Rolle spielt, zum Beispiel rund um den Hauptbahnhof, dort fühlen sie sich nicht sicher und die Polizei hat nicht die ausreichende Rückendeckung. Bei Demokratie muss man auch über Bildung sprechen, nicht nur über den Politikunterricht, Bremen hat hier in allen Bereichen die rote Laterne. In 70 Jahren SPD gesteuerter Bildungspolitik hat sich da nichts verändert. Mehr und bessere Bildung sorgt auch für mehr Wahlbeteiligung. CDU und Junge Union fordern daher ein verpflichtendes letztes KiTa-Jahr um die Chancen aller Kinder auf Bildungsteilhabe zu verbessern, damit niemand schlechtere Startchancen hat. Zwischen Horn und Gröpelingen klafft sowohl

zwischen Arm und Reich als auch bei der Wahlbeteiligung so ein großes Loch wie in keiner anderen deutschen Stadt, das hat der Vortrag der Landeszentrale gezeigt. Er selbst hat sich in Borgfeld bei der Gründung eines Jugendbeirates engagiert, er muss den anderen zustimmen, das war alles sehr formal, dort sollte man ansetzen und das attraktiver und einfacher machen, Politik muss begeistern und Spaß machen.

Helene Richter ist 18 Jahre alt und von der Linksjugend, der Jugendorganisation der Partei DIE LINKE. Sie merkt an, dass hier viel über Wahlbeteiligung geredet wird. Eine Studie des Kinderhilfswerks hat gezeigt, dass sich 2/3 der jungen Menschen nicht von der Bundesregierung gesehen fühlen, sie nehmen an, dass sie der Regierung egal sind. Das Thema „Polizei braucht mehr Rückhalt“ sieht sie nicht als vordringlich an, man muss eher schauen wofür sich junge Menschen engagieren und auf die Straße gehen. Das Thema Klimaschutz spielt eine große Rolle, wie man durch Fridays for Future gesehen hat, auch gegen Rechts sind sehr viele junge Menschen auf die Straße gegangen. Politik hat in vielen Bereichen Rückschritte gemacht. Zweistündige Zoom-Sitzungen sind wenig interessant, da braucht es eher Aktionen, Filmabende, gemeinsam Banner malen usw., das wird derzeit viel zu wenig gemacht. Wichtige Themen sind Klima, Rente, Lohn, Wohnraum, das ist es was die Menschen bewegt und wir müssen dafür sorgen, dass diese Themen in der Politik ankommen.

Kerstin Biegemann fragt nach was passiert, wenn die Politik jetzt, zum Beispiel hier im Beirat, diejenigen hört, die sich vorher nicht gehört fühlten, aber das darauf nicht folgt, was sie sich wünschen. Kommt es dann auch zu Politikverdrossenheit?

Helene Richter antwortet, dass ja fast nie das erfüllt wird, was man sich wünscht, aber das motiviert und stärkt eher, wie man bei Fridays for Future ja auch sieht.

Mine Müller möchte allen drei Vertreter:innen der Parteien danken, die Jugend scheint noch nicht verloren zu sein, sie ist begeistert, dass die drei sich so intensiv engagieren!

Aaron Thatje geht nochmal auf die Frage von Kerstin Biegemann ein, er plädiert dafür nicht alles so formalistisch anzugehen, mit Anträgen usw., das sagt er obwohl er in der SPD engagiert ist. Ablehnungen von solchen Anträgen führen schnell zu Frustration, es sollte mehr andere Formen der Beteiligung geben, auch mit kleinen Erfolgserlebnissen, dann engagiert man sich auch das nächste Mal wieder.

Yunas Kaya ist in der Schule als Politiklehrer sehr engagiert und macht interessanten Politikunterricht. Er bringt den Schüler:innen bei, dass 1/3 der Konferenz aus der Schülervertretung besteht, wenn die dann noch das 1/3 der Eltern von ihrem Anliegen überzeugen können sie auf die Schule stark Einfluss nehmen. Diese Möglichkeiten für die Schülerschaft müsste auch mehr verbreitet werden.

Hans-Günter Schwalm vertritt heute das Netzwerk Bürgerbeteiligung. Er selbst ist schon viele Jahre in der Kinder- und Jugendbeteiligung aktiv, Thomas Köcher von der Landeszentrale ist auch im Netzwerk dabei sowie viele weitere Akteure. Demokratie ist mehr als nur Wahlbeteiligung, ist eine große Errungenschaft und hat die Herrschaft des Adels über die Menschen abgelöst. Was wäre die Alternative zum derzeitigen System? Es ist auch gut, dass wir ein breites Parteienspektrum haben, wo sich verschiedenste Interessen wiederfinden. Da geht es uns besser als Menschen in Großbritannien oder den USA, wo man nur zwei Auswahlmöglichkeiten hat. Wir müssen daran arbeiten den Anteil der Nicht-Wähler:innen zu reduzieren, die Populisten müssen thematisch angegangen werden, man muss mit allen von der Politik aus ins Gespräch kommen, da muss noch mehr passieren. In der letzten Wahlperiode waren sie auch in der gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem BüBei aktiv. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung bietet gerne an, die Erfahrungen in Beteiligungsprozessen mit einzubringen, zu beraten und zu unterstützen.

Jens Dennhardt berichtet, dass er seit 40 Jahren Politik macht und die niedrige Wahlbeteiligung für ihn sehr frustrierend ist. Ziel muss es sein alle Menschen für Politik zu begeistern. Komplexe Themen wie Krieg stehen oft im Vordergrund, aber auch die eigenen Probleme der Menschen vor Ort müssen sich im politischen Alltag wiederfinden. Er ist überzeugter Verfassungspatriot, wir brauchen das für eine liberale Gesellschaft, er schließt sich dem Antrag von Dr. Christian Kornek an.

#### Geschäftsordnungsantrag

Da es sich zeitlich abzeichnet, dass um 22 Uhr nicht alle Themen der Tagesordnung bearbeitet sein werden und noch wichtige Anträge anliegen stellt Uwe Jahn einen Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Beirat wird die Sitzung über 22 Uhr hinaus fortsetzen, bis die Anträge unter Verschiedenes abgestimmt sind.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Ingo Tebje schließt sich ebenfalls dem Antrag von Dr. Christian Kornek an. Er nimmt aus der Diskussion mit, dass gegen Politikverdrossenheit viel getan werden muss, in allen Bereichen der Politik. Die Menschen müssen sehen, dass man etwas verändern kann, dazu müssen wir alle einen Beitrag leisten.

Uwe Jahn dankt dem älteren Bürger für seine Ausführungen bezüglich der Politik. Aber ein bisschen muss er diesen Aussagen auch widersprechen. Wenn Leute zu ihm kommen und sagen keiner würde etwas für sie in der Politik tun muss man bedenken, dass der Beirat es nie Allen recht machen kann. Heute hatten wir das Beispiel Poller in der Bollener Landstraße. Die einen wollen die Poller, die anderen nicht, irgendwer ist immer unzufrieden. Das Ohr müssen nicht nur die bekommen die am lautesten schreien, es geht eher um die Argumente, die man abwägen muss. Im Beirat gibt es viele Standpunkte, das soll auch so bleiben.

Ralf Bohr schlägt vor, das Thema aufgrund der Vielschichtigkeit im Fachausschuss Inneres weiter zu vertiefen. Wähler:innen sollte eine Teilnahme an den Wahlen erleichtert werden, ein Schritt ist auch das Wählen im Ortsamt, was derzeit schon angeboten wird.

Yunas Kaya stimmt dem zu, heute sollte aber trotzdem schon mit einem Beschluss ein Zeichen gesetzt werden.

Heike Schilling schlägt vor, dass der Beirat auch in Hemelingen sichtbarer machen sollte, was Politik hier bewirkt hat, zum Beispiel durch Plaketten an den entsprechenden Projekten oder bei Baumaßnahmen.

Beschluss:

Der Beirat Hemelingen fordert den Landeswahlleiter auf bei zukünftigen Wahlen die Wahlzettel und die Wahlinformationen in den in Bremen verbreitetsten Sprachen zu Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

#### **TOP 5: Interkulturelle und interreligiöse Bildung an allgemeinbildenden Schulen sowie politische Bildung**

Aufgrund der Verhinderung der Referentin entfällt dieser Tagesordnungspunkt.

## **TOP 6: Beiratsverschiedenes**

### Beschluss Planungskonferenz Bildung

Der Beirat Hemelingen beruft eine Planungskonferenz Bildung am 18.06.2024 um 17:30 Uhr ein.

Die zuständigen Stellen sollen zu folgenden Themen informieren:

- Zeitpläne für den Neubau der Oberschule Sebaldsbrück und die Grundschule Alter Postweg und für den Umbau der anderen Schulen (WOS, GS Glockenstraße, GS Osterhop und ggf. weiterer Schulen)
- Interimslösungen für die Schulen während der Bauzeit
- Bericht zu baulichen Mängeln in weiteren Schulen, u.a. in der GS Parsevalstraße
- Umsetzung des Rechtsanspruchs zur Ganztagsbetreuung in den Grundschulen – bis dahin Versorgung mit Hortplätzen und Bedarf an Hortplätzen im Stadtteil
- Einstufung der Schulen nach Sozialindikatoren
- Startchancen Programm der Bundesregierung – Förderung in Hemelingen
- Schulwegsicherheit

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

### Beschluss zur Korbinselbrücke

Ralf Bohr stellt folgenden Beschlussvorschlag vor:

Der Beirat Hemelingen fordert kurzfristig einen aktualisierten Zeitplan zum Bau der Korbinselbrücke und dass das Planfeststellungsverfahren endlich eingeleitet wird. Des Weiteren fordert der Beirat die SBMS auf, die Bundesfördermittel frühzeitig zu sichern.

Ingo Tebje regt an, das Thema Fachkräftegewinnung in den Beschlusstext mit einzubauen, es sollte die Frage gestellt werden, ob alle tariflichen Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind.

Jens Dennhardt findet, dass tarifliche Dinge zwischen den Tarifparteien und nicht von der Politik geregelt werden sollten. Er schlägt alternativ vor, die Behörden aufzufordern die erforderlichen Fachkräfte zeitnah einzustellen.

Dr. Christian Kornek bittet um getrennte Abstimmung, da aus seiner Sicht das Thema Fachkräfte hier nicht dazu gehört. Fachkräftemangel gibt es derzeit überall.

Jens Dennhardt sagt, dass es hier schon ein Unterschied ist und schließt sich dem nicht an.

Ingo Tebje übernimmt den Änderungswunsch von Herrn Dennhardt und macht noch einmal deutlich, dass die Kolleg:innen in Osterholz-Scharmbeck deutlich mehr Geld für die gleiche Arbeit bekommen.

Beide Teilbereiche des Beschlusses werden getrennt abgestimmt.

#### Beschluss Teil 1:

Der Beirat Hemelingen fordert kurzfristig einen aktualisierten Zeitplan zum Bau der Korbinselbrücke und dass das Planfeststellungsverfahren endlich eingeleitet wird. Des Weiteren fordert der Beirat die SBMS auf, die Bundesfördermittel frühzeitig zu sichern.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

#### Beschluss Teil 2:

Die Behörden werden aufgefordert die erforderlichen Fachkräfte zeitnah einzustellen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen)

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 13.06.2024 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen stattfinden. Themen sind u.a.: Gewinnerkürung: Namenswettbewerb für neue Quartiere in Hemelingen, Polizeiliche Kriminalstatistik, Sanierung A1 Weserbrücke

gez. Hermening  
Vorsitzender und Protokoll

gez. Jahn  
Beiratssprecher